

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Rainer Funke, Hans-Joachim Otto
(Frankfurt), Daniel Bahr (Münster), weiterer Abgeordneter und der Fraktion
der FDP
– Drucksache 15/3097 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes

A. Problem

Die Beteiligung politischer Parteien an Medienunternehmen wird immer häufiger kritisch hinterfragt. So ist z. B. die Fraktion der SPD direkt oder indirekt an 14 Verlagen und 27 Hörfunkstationen beteiligt. Die Tageszeitungen, an denen die Fraktion der SPD derzeit beteiligt ist, erreichen insgesamt eine Auflage von über 2 Millionen.

In einem demokratischen Rechtsstaat kommt den Medien eine entscheidende Rolle bei der politischen Willensbildung der Bevölkerung zu. Die Medien haben darüber hinaus eine wichtige Aufgabe bei der Kontrolle staatlichen Handelns. Die Sicherung freier Medien ist eine Grundvoraussetzung für ein freiheitliches Staatswesen.

Aufgrund der Unabhängigkeit der Medien müssen sich die Parteien eine wirtschaftliche Selbstbeschränkung auferlegen. Die Ausübung von politischer Macht und die kritische Bewertung des politischen Handelns durch die Medien gehören nicht in eine Hand. Besonders bedenklich ist es, wenn Parteibeteiligungen an Zeitungen mit regionalem Monopol bestehen, da sich bei derartigen Monopolstellungen eine Parteibeteiligung besonders verzerrend auf die öffentliche Meinungsbildung auswirken kann.

Für den Leser ist nicht erkennbar, welches Medium zu welchem Anteil in der Hand einer einzelnen Partei ist. Hier fehlt jegliche Transparenz. Die Landespressegesetze sehen eine Offenlegungspflicht im Impressum nicht vor. Es zeigt sich zudem, dass die im Parteiengesetz enthaltene Offenlegungspflicht für Besitzanteile von Parteien an Medien nicht ausreichend ist, um die Unabhängigkeit der Medien zu garantieren. Der Staat ist verpflichtet, Störungen der demokratischen Funktion der Presse wirksam zu begegnen.

B. Lösung

Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme des Gesetzentwurfs.

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksache 15/3097 abzulehnen.

Berlin, den 15. Juni 2005

Der Innenausschuss

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
Vorsitzende

Gabriele Fograscher
Berichterstatterin

Dorothee Mantel
Berichterstatterin

Silke Stokar von Neuforn
Berichterstatterin

Dr. Max Stadler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Gabriele Fograscher, Dorothee Mantel, Silke Stokar von Neuforn und Dr. Max Stadler

1. Der Gesetzentwurf auf Bundestagsdrucksache 15/3097 wurde in der 175. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. Mai 2005 an den Innenausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, den Rechtsausschuss und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.
- 2 a. Der **Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung** hat in seiner 40. Sitzung am 16. Juni 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.
- b. Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 84. Sitzung am 15. Juni 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen.
- c. Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 59. Sitzung am 15. Juni 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.
3. Der **Innenausschuss** hat den Gesetzentwurf auf Bundestagsdrucksache 15/3097 in seiner 64. Sitzung am 15. Juni 2005 abschließend beraten und ihn mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Berlin, den 15. Juni 2005

Gabriele Fograscher
Berichterstatlerin

Dorothee Mantel
Berichterstatlerin

Silke Stokar von Neuforn
Berichterstatlerin

Dr. Max Stadler
Berichterstatler